

Herbstsession 2024 Sessionsrückblick - 1. Woche



Zahlungsstopp an das Palästinenserhilfswerk «UNRWA»

An Schulen der UNRWA, dem Palästinenserhilfswerk für Palästinenserflüchtlinge, werden Kinder seit Jahrzehnten gelehrt, Juden und Israel zu hassen. Terror wird verherrlicht, indem palästinensische Attentäter, die jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet haben, Schülern als Vorbild dienen sollen. Und Kinder sollen notabene von einem Leben in einem Palästina träumen, das Israel ersetzt und in dem es kein Israel gibt. Der Nationalrat will die Zahlungen der Schweiz an das Uno-Palästinenserhilfswerk UNRWA deshalb sofort stoppen. Er hat gleich am ersten Sessionstag meine Motion mit 99 zu 88 Stimmen bei sieben Enthaltungen angenommen. Der Entscheid ist richtig! Schliesslich käme es hierzulande auch niemandem in den Sinn, eine Schule zu tolerieren und zu finanzieren, an der mit extremistischem Lehrmaterial gezielt Rassismus und Hass gegen andere Nationalitäten geweckt wird.



Mit einem Klick auf eines der Fotos gelangen Sie direkt zu meiner Rede.

Angenommen wurde auch eine zweite Motion zur UNRWA. Der Vorstoss der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats verlangt, die Schweiz solle statt der UNO-Organisation andere Organisationen im Gazastreifen direkt unterstützen. Direkte Überweisungen an die UNRWA gäbe es damit künftig ebenfalls nicht mehr. Zudem will der Nationalrat, dass sich der Bundesrat international dafür einsetzt, eine Nachfolgelösung für die UNRWA zu finden – beispielsweise, ob die Palästinenserhilfe in das Flüchtlingshilfswerk der UNO integriert werden kann. Alle Geschäfte gehen nun an den Ständerat.

Parlament ermöglicht Richtpreise für Schweizer Holz

Waldbesitzer und Abnehmer von Rohholz können künftig Richtpreise vereinbaren und diese veröffentlichen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Vorlage zugestimmt. Die grosse Kammer hiess die Änderung des Waldgesetzes mit 152 zu 11 Stimmen bei 16 Enthaltungen gut. Die Nein-Stimmen kamen aus den Reihen von SVP und FDP. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.



Die Änderung soll die rund 250'000 Schweizer Waldbesitzerinnen und -besitzer befähigen, sich beim Verkauf von Rohholz aus ihren Wäldern an Marktpreisen zu orientieren, ohne ein Verfahren befürchten zu müssen. Solche Richtpreise gebe es auch bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, so der Innerrhoder Mitte-Ständerat Daniel Fässler, der die Gesetzesänderung angestossen hatte.

Wohnungsbau: Nationalrat will Lärmschutz weniger stark lockern

Der Nationalrat will den Wohnungsbau in lärmbelasteten Gebieten weiterhin erleichtern, doch weniger stark als der Ständerat. Das hat er am Dienstag bei der zweiten Beratung einer Revision des Umweltschutzgesetzes beschlossen. Die grosse Kammer sprach sich dafür aus, dass in neuen Wohnungen mindestens ein lärmempfindlicher Raum über ein Fenster verfügt, bei dem bei Messungen die Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Wird eine kontrollierte Lüftung installiert, genügt es, wenn die am offenen Fenster gemessenen Grenzwerte in einem lärmempfindlichen Raum pro Wohnung eingehalten werden. Dasselbe gilt, wenn ein ruhiger, privat nutzbarer Aussenraum zur Verfügung steht. Geht es nach dem Ständerat, sollen die Grenzwerte bei Wohnungen mit kontrollierter Lüftung an keinem offenen Fenster mehr eingehalten werden müssen. Wegen dieser und weiterer Differenzen zum Ständerat geht die Revision des Umweltschutzgesetzes zurück in die kleine Kammer.

Nationalrat gegen mehr Geld für Waldanpassung an Klimawandel

Für die Anpassung der Schweizer Wälder an den Klimawandel will der Nationalrat nicht mehr Geld genehmigen als der Bundesrat zur Verfügung stellen will. Ein Bundesbeitrag von 451 Millionen Franken in den Jahren 2025 bis 2028 scheinen ihm genug. Der Ständerat hatte sich im Mai dafür ausgesprochen, den vom Bundesrat vorgelegten Kredit um hundert Millionen Franken auf 551 Millionen aufzustocken. Eine Mehrheit der kleinen Kammer hatte im Mai argumentiert, der Bund habe laut einer in den eidgenössischen Räten angenommenen Motion die Kantone schon zwischen 2020 und 2024 mit mehr Geld zur Anpassung des Waldes an den Klimawandel unterstützt. Diese Unterstützung gelte es weiterzuführen. Im Nationalrat setzte sich nun eine knappe Mehrheit durch, die argumentierte, die angespannte Situation der Bundesfinanzen lasse einen solchen Schritt nicht zu. Die Vorlage geht zurück in die kleine Kammer.

Umbau der Post geht Nationalrat zu schnell

Im Juni gab der Bundesrat bekannt, künftig solle die Post nur noch 90 Prozent der Briefe und Pakete fristgerecht zustellen müssen. Auch die Verpflichtung, jedes ganzjährig bewohnte Haus mit Post zu versorgen, solle fallen. Das soll die Post ab 2026 um bis zu 45 Millionen Franken im Jahr entlasten. Für den Nationalrat handelt der Bundesrat zu schnell. Die grosse Kammer hat eine Motion gutgeheissen, die einen vorläufigen Verzicht auf eine Revision der Postverordnung fordert. Die ursprünglich von der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N) eingebrachte Motion will nun, dass der Bundesrat dem Parlament eine Revision des Postgesetzes vorlegt und bis zu diesem Zeitpunkt keine kleineren Änderungen via Revision der Postverordnung erfolgen.



Nationalrat für weiterführende Kita-Förderung bis Ende 2026

Das Impulsprogramm zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung läuft bis Ende 2026 weiter. Das Parlament hat der Verlängerung zugestimmt. Was danach passiert, ist offen, auch aufgrund der angespannten Finanzlage des Bundes. Mit 110 zu 76 Stimmen bei 6 Enthaltungen respektive 111 zu 76 Stimmen bei 5 Enthaltungen hat der Nationalrat als Zweitrat Ja gesagt zu den weiterführenden Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung, konkret zu einem entsprechenden Bundesgesetz und einem Finanzbeschluss. Beantragt hatte die Verlängerung der Kita-Bundesbeiträge die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S). Diese arbeitet seit Längerem an einer definitiven Regelung der Kita-Finanzierung. Bis diese steht, soll mit der Verlängerung des Impulsprogramms sichergestellt werden, dass weiterhin Geld fliesst. Die aktuelle Regelung läuft Ende Jahr aus.

Auch Nationalrat will Kommission zu belastetem Kulturerbe

Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für die Bildung einer neuen nationalen Kommission für historisch belastetes Kulturerbe ausgesprochen. Das Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer soll entsprechend ergänzt werden. Die Kommission wird die Aufgabe haben, den Bundesrat und die Bundesverwaltung in Fragen rund um historisch belastetes Kulturerbe zu beraten. Auf Gesuch hin soll sie «nicht bindende Empfehlungen» abgeben können. Als «historisch belastet» gelten Kulturgüter laut der neuen Gesetzesbestimmung, wenn sie «aufgrund von Rechtsübertragungen im Kontext des Nationalsozialismus oder des Kolonialismus Fragen aufwerfen.» Anders als der Ständerat will der Nationalrat nicht im Gesetz verankern, dass die Kommission nur auf Gesuch und im Einverständnis aller Parteien tätig wird. Sie soll auch einseitig aufgerufen werden können. Der Nationalrat beschloss dies am Mittwoch in der Debatte zur neuen Kulturbotschaft 2025-2028 des Bundes.

Nationalrat will Nationalität der Krankenversicherten erheben

Der Nationalrat will die Nationalität der Krankenversicherten bei der Gewährung von Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erheben. Er hat eine entsprechende Motion gutgeheissen und ist damit auf einen kürzlich getroffenen Entscheid zurückgekommen. Ende Mai hatte die grosse Kammer im Rahmen der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes betreffend Datenaustausch und Risikoausgleich beschlossen, den Krankenkassen die Nationalität ausländischer Versicherter nicht zugänglich zu machen. Nun will sie das Anliegen jedoch auf Verordnungsstufe umsetzen. Mit 105 zu 81 Stimmen bei einer Enthaltung nahm der Nationalrat am Mittwoch eine Motion seiner Sozial- und Gesundheitskommission (SGK-N) an. Aus Sicht der Mehrheit soll die Nationalität der Versicherten in den Statistiken zu den von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vergüteten Leistungen künftig berücksichtigt werden.

Nationalrat will Verwaltungskosten von Pensionskassen offenlegen

Der Nationalrat will mehr Transparenz bei den Verwaltungskosten von Pensionskassen. Er hat am Mittwoch eine entsprechende Motion gutgeheissen. Mit 139 zu 46 Stimmen sagte die grosse Kammer Ja zum Vorstoss ihrer Sozial- und Gesundheitskommission (SGK-N). Nur die FDP-Fraktion sowie wenige Mitglieder der SVP- und der Mitte-Fraktion stimmten dagegen. Als Nächstes ist der Ständerat am Zug.



Auslöser für die Motion war ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Demnach ist die Kostentransparenz in der beruflichen Vorsorge insgesamt zufriedenstellend. Bei den Verwaltungskosten gebe es teilweise aber verzerrte Angaben. Der Nationalrat fordert deshalb eine Anpassung der gesetzlichen Grundlage. Konkret sollen Vorsorgeeinrichtungen der zweiten Säule verpflichtet werden, ihre Verwaltungskosten offenzulegen. Im Jahr 2021 gaben Vorsorgeeinrichtungen rund 7 Milliarden Franken für die Verwaltung aus.

Nationalrat will Schutzkonzepte gegen Missbrauch von Kindern

Der Bund soll beispielsweise Landeskirchen oder Sportvereine dazu verpflichten, Schutzkonzepte zur Missbrauchsprävention einzuführen. Das will der Nationalrat. Er hat sechs gleichlautende Motionen mit diesem Inhalt angenommen. Die Vorstösse stammen von sechs Nationalrätinnen aus sechs Parteien und den fünf Fraktionen FDP, Mitte-EVP, GLP, SP und Grüne. Die sechs Parlamentarierinnen argumentieren, der Schutz von Kindern und Jugendlichen sei bei einigen Organisationen heute nicht gewährleistet. Das zeigten die jüngsten Beispiele von sexuellem, physischem und psychischem Missbrauch bei der katholischen Kirche, im Leistungssport und in Ballettschulen. Es brauche jetzt professionelle Massnahmen bei der Prävention oder beim Meldewesen und Krisenmanagement. Organisationen müssten verpflichtet werden, Verantwortung zu übernehmen und in die Struktur- und Prozessqualität zu investieren.

Nationalrat will Teilbezug von Vorsorgegeldern ermöglichen

Wer über private Vorsorgegelder in der dritten Säule oder Freizügigkeitsleistungen verfügt, soll diese künftig in Raten beziehen können. Das fordert der Nationalrat. Er hat am Mittwoch eine entsprechende Motion mit 130 zu 59 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Heute können privat angesparte Vorsorgegelder nur auf einmal bezogen werden. Es ist zwar möglich, mehrere Säule-3a-Konten zu eröffnen, aber die Freizügigkeitsleistungen können nur eingeschränkt von der Pensionskasse aufgeteilt werden.

Bezahlkarte für Asylsuchende wird positiv aufgenommen

Das Parlament äussert Sympathien für eine Bezahlkarte für Asylsuchende. Der Nationalrat lässt prüfen, wie ein solches Zahlungsmittel landesweit eingeführt werden könnte. Der Bundesrat soll nun abklären, wie die Kantone bei der Einführung der Karte unterstützt werden könnten. Und er soll darlegen, welche Auswirkungen diese Karten auf die Kriminalität hätten. Das Ziel der Karte sei, dass Sozialhilfegelder gezielt gebraucht und nicht mehr ins Ausland überwiesen werden könnten, sagte Andreas Glarner (SVP/AG) namens der SPK-N. Ein ähnliches Postulat überwies im vergangenen Juni schon der Ständerat. Der Bundesrat äusserte sich ablehnend.

Nationalrat will Inkassounternehmen Schranken setzen

Der Nationalrat will Inkassounternehmen Schranken setzen. Er verlangt vom Bundesrat Gesetzesbestimmungen, um die Kosten der Geldeintreiber-Unternehmen zu regeln und zu deckeln. Er hat dazu mit klarem Mehr eine Motion mit 145 zu 40 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der angenommene Vorstoss stammt von Vincent Maitre (Mitte/GE). 49 Ratsmitglieder aus allen Fraktionen haben ihn mitunterzeichnet.



Inkassofirmen blähten die Rechnungen für ihre Auftraggeber auf und erhöhten unangemessene oder gar missbräuchliche Gebühren, begründete Maitre die Motion. Dabei prüften die Inkassofirmen nicht, ob die Forderung überhaupt begründet sei. Schuldnerinnen und Schuldner würden unter Druck gesetzt und beglichen die verlangte Summe oft auch dann, wenn deren Höhe ungerechtfertigt sei. Die Firmen machten dazu geltend, dass die Kosten für das Inkasso auf die Schuldner überwältigt werden dürften.

Nationalrat will ausländische Finanzierung von Moscheen erschweren

Der Nationalrat fordert Bedingungen für die ausländische Finanzierung von Gebetshäusern und Bildungseinrichtungen in der Schweiz. Er hat am Donnerstag beim Bundesrat einen entsprechenden Bericht bestellt. Das mit 190 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesene Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SIK-N) soll aufzeigen, wie Lücken im Ausländer- und Integrationsgesetz geschlossen werden könnten. Hintergrund sind Berichte über türkische Imame mit extremistischem Gedankengut in der Schweiz. Die heutigen Zulassungsbedingungen für Betreuungs- und Lehrpersonen reichten nicht aus, um die Verbreitung von extremistischem, gewaltverherrlichendem oder den Menschenrechten zuwiderlaufendem Gedankengut in Gebetshäusern und religiösen Bildungseinrichtung in der Schweiz zu verhindern. Ein Hauptproblem sei die ausländische Finanzierung. Der Auslandsfinanzierung von Gebetshäusern und Bildungseinrichtungen generell müssten Leitplanken gegeben werden, so der Tenor im Nationalrat. Beispielsweise müsse der vom Ausland finanzierte Religionsunterricht an Bedingungen geknüpft werden. Nur so könne verhindert werden, dass extremistische Kreise Hasspropaganda und Desinformation verbreiteten.

Nationalrat will Altersgrenze für Unverjährbarkeit anheben

Nicht nur Sexualstraftaten an Kindern, sondern auch an Jugendlichen sollen unverjährbar sein. Der Nationalrat hat mit 101 zu 75 Stimmen bei 16 Enthaltungen eine Motion angenommen, die die Altersgrenze für Unverjährbarkeit anheben will, gegen den Willen des Bundesrats. Sexualstraftaten sollen gemäss der Motion von Mike Egger (SVP/SG) nicht verjähren, wenn das Opfer unter 16 Jahre alt ist. Heute liegt die Altersgrenze bei zwölf Jahren. Hintergrund der Forderung sind die Berichte über sexuellen Missbrauch im Umfeld der römisch-katholischen Kirche. Viele dieser Opfer seien minderjährig, begründete Egger den Vorstoss. Die Taten würden von Kirchenverantwortlichen ignoriert oder bagatellisiert, und Opfer seien zum Schweigen verpflichtet worden. Es brauche einen besseren Schutz für minderjährige Opfer. Diese litten oft lebenslang unter den Folgen des Missbrauchs.

Nationalrat fordert Massnahmen gegen Geldautomatensprengungen

Der Nationalrat fordert verstärkte Massnahmen im Kampf gegen Geldautomatensprengungen. Beispielsweise soll der Bundesrat prüfen, ob bei einem Angriff Banknoten mit einer Sicherheitstinte bespritzt werden könnten. Die grosse Kammer hat am Donnerstag ein entsprechendes Postulat von Nationalrat Olivier Feller (FDP/VD) überwiesen - mit 146 zu 36 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Die Zahl der Sprengungen von Geldautomaten hat wie in ganz Europa auch in der Schweiz in den vergangenen Jahren zugenommen. Zunehmend würden Angriffe vermehrt mithilfe von Gas und Sprengstoffen durchgeführt, hielt Motionär Feller fest. Das stelle eine ernstzunehmende Gefahr für die Personen dar, die sich vor Ort aufhielten oder in der Nähe des Tatorts wohnten.



Es brauche verstärkte Gegenmassnahmen, sagte Feller. Länder wie Irland, Belgien, Frankreich und Schweden rüsteten Geldautomaten mit einer Diebstahlsicherung aus. Indem das System die Banknoten mit einer Sicherheitstinte bespritzt, die nicht wieder entfernt werden kann, werden sie unbrauchbar und verlieren ihren Wert. "Dieses System erweist sich als wirkungsvoll", sagte Feller. Viele der erwähnten Länder hätten einen schnellen und deutlichen Rückgang der Anzahl von Angriffen beobachtet.



Bern, im September 2024
David Zuberbühler